



Junisession 2019: Sessionsrückblick

Session extra Muros in Pontresina

von Roman Cantieni, Grossrat*

Zur Eröffnung der Session begrüsst Grossrat und Gemeindepräsident von Pontresina Martin Aebli die Regierung und die Mitglieder des Grossen Rats ganz herzlich in Pontresina. Standespräsidentin Tina Gartmann eröffnete die Session mit Ausführungen zum Frauenstreiktag, welcher am 14. Juni 2019 stattfand. Auf ihre rhetorische Frage, weshalb die Frauen in der Schweiz streiken würden, berichtete sie über das Frauenstimmrecht und die Mutterschaftsversicherung, welche in der Schweiz als eines der letzten Länder Europas eingeführt wurden. Heute sei insbesondere die Lohnungleichheit die grösste Herausforderung bezüglich Gleichberechtigung von Mann und Frau. Es werde 60 Jahre brauchen, bis die Lohnungleichheit erreicht würde, wenn im heutigen Tempo weitergemacht würde. Die Gesellschaft sei also gefordert, vorwärts zu machen.

Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2018, weitere Geschäftsberichte

Als erstes Geschäft wurden der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2018 behandelt. Statt mit einem budgetierten Verlust von 33.4 Mio. Franken schliesst das operative Ergebnis mit einem Überschuss in der Höhe von 105.2 Mio. Franken. Im Rahmen der Beratung beantworteten die Regierungsmitglieder etliche Fragen. Einige Ratsmitglieder nutzten die Möglichkeit, politische Statements zu verschiedenen Themen zu platzieren. Allgemein wurde begrüsst, dass die Vorlage GRFlex, welche vorsorgliche Sparmassnahmen vorsieht, aufgrund der guten Rechnung de facto vom Tisch ist. Dies ist insbesondere auch der Verdienst der CVP, welche schon in der Vernehmlassungsantwort die Sinnhaftigkeit der Vorlage stark bezweifelte bzw. in weiten Teilen ablehnte.

Der Grosse Rat hat im Nachgang die Berichte des Kantonsgerichts und des Verwaltungsgerichts, der Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte, der Notariatskommission usw. zur Kenntnis genommen.

Fraktionsauftrag CVP betreffend steuerliche Entlastung des Mittelstands durch Erhöhung der Abzüge für Versicherungsprämien

Die CVP reichte diese Session einen Fraktionsauftrag ein, der nun endlich auch den Mittelstand steuerlich entlasten soll. Namentlich sollen die Abzüge für die Versicherungsprämien erhöht werden. Nachdem in den letzten Jahren diverse Entlastungen für juristische Personen umgesetzt wurden und auch die Erbschaftssteuern gesenkt wurden, ist es Zeit den Mittelstand zu entlasten. Die CVP-Fraktion wird diese Forderung auch anlässlich der anstehenden Steuerrückblick im August einbringen.

Wahl Regierungspräsidium und Regierungsvizepräsidium für 2020

Regierungsrat Christian Rathgeb und Regierungsrat Mario Cavigelli wurden glanzvoll zum Regierungspräsidenten bzw. zum Regierungsvizepräsidenten für das Jahr 2020 gewählt.

Optimierung der Organisation der oberen kantonalen Gerichte

Die Regierung hat zu Recht Optimierungsmöglichkeiten beim Kantonsgericht und kantonalen Verwaltungsgericht erkannt. Um die Meinung des Grossen Rates zu eruieren, wurde ein entsprechender Bericht mit fünf Fragen überwiesen. Diese Fragen hat der Grosse Rat wie folgt beantwortet:

- Ja, das Kantons- und Verwaltungsgericht sollen zu einem einzigen kantonalen Gericht zusammengelegt werden.
- Ja, es soll ein Spezialverwaltungsgericht geschaffen werden, welches insbesondere den Rechtsschutz bei personalrechtlichen Streitigkeiten betreffend Angestellte der oberen kantonalen Gerichte gewährleistet.
- Das Wahlvorschlagsverfahren für Richterinnen und Richter der oberen kantonalen Gerichte soll wie bis anhin bestehen bleiben.
- Ja, die oberen kantonalen Gerichte sollen ermächtigt werden, Verfahren auf Änderung der Kantonsverfassung sowie von Gesetzen im Bereich der Justizverwaltung und der Justizaufsicht direkt beim Grossen Rat anhängig zu machen.
- Ja, bei mehrmonatigen Ausfällen von Richterinnen und Richtern und bei ausserordentlich hohen Geschäftslasten sollen ausserordentliche Richterinnen und Richter an die oberen kantonalen Gerichte gewählt werden können.

Anfragen und Aufträge: eine Auswahl

Auftrag Bigliel betreffend Inventar der Denkmalpflege: Information der Grundeigentümer: Der Vorstoss fordert, dass die Grundeigentümer schon frühzeitig darüber informiert und involviert werden, wenn ihre Liegenschaft oder Teile davon unter Schutz gestellt werden soll. Grossmehrheitlich hat der Grosse Rat den Auftrag überwiesen. Auch die CVP-Fraktion hat grossmehrheitlich für eine frühere Einbindung der Grundeigentümer gestimmt.

Auftrag Hohl betreffend Einführung einer Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder des Grossen Rats: Der Vorstoss wurde sehr kontrovers diskutiert. Die Befürworter betonten die Notwendigkeit, jungen Bürgerinnen und Bürgern bessere Wahl-Chancen zu ermöglichen, während die Gegner auf die letzten drei Wahlen verwiesen, an welchen jeweils viele neue Grossräte gewählt wurden, also eine Verjüngung von alleine funktioniert. Schliesslich wurde erwähnt, dass jede Partei selber bestimmen könne, ob sie eine Amtszeitbeschränkung einführen wolle, dafür brauche es keine staatliche Regelung. Der Auftrag wurde mit 68 zu 48 nicht überwiesen, dies ganz im Sinne der CVP, welche die Amtszeitbeschränkung ebenfalls grossmehrheitlich ablehnte.

Auftrag Wilhelm betreffend Green Deal für Graubünden: Klimaschutz als Chance nutzen: Dieser Auftrag wurde im Grossen Rat sehr breit diskutiert. Viele Redner betonten die Notwendigkeit, mehr Massnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen und zwar auch im ureigenen Interesse des Kantons, um mehr Arbeitsplätze schaffen zu können, Innovationen zu fördern und sich gegenüber anderen Destinationen abzuheben. Der Grosse Rat hat den Auftrag mit grosser Mehrheit überwiesen. Auch die CVP-Fraktion möchte, dass der Kanton mehr Massnahmen gegen den von Menschenhand beschleunigten Klimawandel ergreift und insbesondere die damit verbundenen Chancen nutzt. Insgesamt hat die CVP in der Diskussion sechs konkrete Forderungen platziert.

Anfrage Ulber (CVP) betreffend IT-Kosten für die Volksschule durch die Einführung des LP 21: Die Anfrage zielt darauf ab, den Kanton auf die enormen Zusatzkosten aufmerksam zu machen, welche den kommunalen Schulträgerschaften im Bereich IT aufgrund des LP 21 erwachsen. Zudem wird angefragt, inwiefern sich der Kanton an den Support- und Folgekosten beteiligen könnte. Leider sieht die Regierung diesbezüglich keine Möglichkeiten, weil die gesetzlichen Grundlagen fehlen würden. Die CVP ist mit dieser Antwort nicht zufrieden und wird weiter Vorstösse einreichen.

Anfrage Rettich betreffend Simultanübersetzung im Grosse Rat: Bemerkenswerterweise haben die romanisch- und italienischsprachigen Mitglieder des Grossen Rats ihre Voten grossmehrheitlich in ihrer Muttersprache gehalten, was ansonsten kaum der Fall ist. Insgesamt hat sich der Grosse Rat nicht klar ausgedrückt, Fortsetzung folgt.

Auftrag Berther (CVP) betreffend die Oberalpstrasse H19 von Sumvitg Richtung Disentis – Sedrun resp. die Lukmanierstrasse H416 Richtung Medel/Lucmagn: Clemens Berther fordert mehrere Massnahmen, um die Wintersicherheit noch stärker zu gewährleisten. Insbesondere sollen Lawinenauslösung-Einrichtungen in der Val Lumpegna, Lawinenüberwachungsinstallationen in der Val S. Placi und langfristig eine Strassentunnellösung gebaut werden. Die Regierung ist mit dem Auftrag einverstanden unter dem Hinweis, dass eine Tunnellösung keine Priorität hat. Der Grosse Rat überwies den Vorstoss nahezu einstimmig.

* zum Autor: Roman Cantieni, Ilanz ist seit 2018 Grossrat aus dem Kreis Ilanz. Er ist Jurist/Berufsschullehrer und unterrichtet am Bildungszentrum Surselva.